

DIREKT



NÄHER AM MENSCHEN

Ja zu Humanität—Nein zu unkontrollierter Zuwanderung

Söder: Brauchen Deutschlandpakt gegen unkontrollierte Zuwanderung

Bei der heutigen Sitzung des Parteivorstandes hat sich die CSU klar positioniert: Angesichts der stark gestiegenen Zahl von Asylanträgen fordert Bayern vom Bund eine umfassende Strategie zur Begrenzung der Migration. Wir informieren Sie aus erster Hand.

Mit Blick auf die steigenden Asylzahlen sowie die Hilferufe aus den Kommunen stellt unser Parteivorsitzender fest: „Klar ist: **Es braucht eine grundlegende Wende in der Migrationspolitik.** Wir brauchen einen **Deutschlandpakt gegen unkontrollierte Zuwanderung.** Als CSU haben wir immer die gleiche konsequente Linie: Ja zu Humanität und Nein zu unkontrollierter Zuwanderung.“

Ampel-Migrations-Blockade beenden

Konkret fordert unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder den Bund auf, seine Blockadehaltung in der europäischen Asylpolitik zu beenden. Es brauche eine **restriktivere und konsequentere Migrationspolitik mit effektivem Außengrenzschutz sowie Entscheidungszentren an der Außengrenze.** Solange dies nicht gegeben sei, brauche es einen besseren Schutz der deutschen Grenzen. „**Ganz Deutschland braucht eine Grenzpolizei nach bayerischem Vorbild.**“ Auch müsse die Ampel ihre Alleingänge mit Sonderaufnahmeprogrammen umgehend beenden.

Rückkehr zur Obergrenze

Es droht eine völlige Überforderung des Landes. „**Wir brauchen eine Rückkehr zur Obergrenze von maximal 200.000 Asylanträgen pro Jahr. Diese Zahl orientierte sich daran, was die Kommunen leisten können, also eine Integrationsgrenze.** Wir haben diese Obergrenze im Bund durchgesetzt und sie hat funktioniert, bis die Ampel sie fahrlässig aufgegeben hat. Jetzt steuern wir auf Rekordzahlen zu“, so Söder.

Rückführungen konsequent durchsetzen

Die Zahl der Rückführung muss deutlich steigen. Dafür müssen Straftäter und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden. Dazu braucht es ein Sonderrückführungsprogramm. Die **Liste der sicheren Herkunftsstaaten muss deutlich erweitert werden,** etwa mit nordafrikanischen Staaten und Indien. Unser Parteivorsitzender unterstreicht: „**Die Grünen verhindern, dass Länder wie Tunesien, Marokko oder sogar Indien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden können. Damit muss endlich Schluss ein.**“

Sachleistungen statt Bargeld

Darüber hinaus ist für uns klar: Anreize für Migranten müssen durch eine **Umstellung auf Sachleistungen** gesenkt werden. **In Bayern schaffen wir deshalb eine Chipkarten-Lösung, mit der nur noch bestimmte Waren eingekauft werden können und kein Geld ins Ausland transferiert werden kann.**

Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit durchsetzen

„**Bayern legt gerade ein großes Programm auf, damit Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihren Aufenthaltsstatus verstärkt gemeinnützige Arbeiten übernehmen können.** Das sollte überall in Deutschland gemacht werden“, so unser Ministerpräsident.

Bürgergeld und Asyl entkoppeln

Wir wollen keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Deshalb wollen wir Asyl und Bürgergeld entkoppeln. „**Es muss der Grundsatz gelten: Wer einbezahlt hat, muss mehr bekommen als jemand, der noch nie einbezahlt hat,**“ so Söder.